

6. Bau eines Hauses der Demokratie

Motion von Andrew Katumba (SP, Zürich), Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal) und Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)

KR-Nr. 123/2019, RRB-Nr. 618/26. Juni 2019 (Stellungnahme)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine kreditschaffende Vorlage für ein

Haus der Demokratie zu unterbreiten. Das Gebäude soll dem Kantonsrat, dem Zürcher Gemeinderat, dem Regierungsrat, dem reformierten Kirchenrat, den Kirchensynoden sowie dem Jugendparlament als zeitgenössischer Tagungsort dienen. Das Haus der Demokratie soll in der Zürcher Innenstadt zu stehen kommen und über ein Forum für öffentliche Veranstaltungen verfügen. Das Gebäude soll Infrastrukturen für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Kommissionen, Parlamentsdienste, Besuchende und Nebenbetriebe beherbergen und Anforderungen an ein modernes Parlamentsgebäude im 21. Jahrhundert erfüllen.

Begründung:

Das Zürcher Rathaus ist ein würdiger Bau. Das gesamtschweizerisch bedeutende Gebäude entspringt der Baukunst der Renaissance. Es wurde 1698 erbaut und hat eine ereignisreiche Geschichte. Die äussere und die innere Architektursprache verkörpern das Repräsentationsbedürfnis der damaligen Epoche. Die innere Ausstattung erinnert an die politischen Gegebenheiten jener Zeit. Das Gebäude ist ein Baudenkmal. Es eignet sich daher nicht mehr als Tagungsort von Parlament und Regierung im 21. Jahrhundert. Auflagen der Denkmalpflege verhindern grössere bauliche Eingriffe. Behindertengerechtigkeit, Ergonomie, Lüftung und Sicherheitsanforderungen sind heute ungenügend. Es fehlen Räumlichkeiten für Fraktionen, Kommissionen und Besprechungen. Der Platz für das Publikum und für die Medienarbeit ist knapp. Infrastrukturanlagen und räumliche Bedingungen sind an aktuelle und künftige Erfordernisse anzupassen. Es ist davon auszugehen, dass sich die engen Platzverhältnisse auch nach einem Umbau des bestehenden Rathauses unmerklich verändern werden.

Kantons- und Regierungsrat, Zürcher Gemeinderat, reformierter Kirchenrat, Kirchensynoden und Jugendparlament sollen in einem neuen Haus der Demokratie tagen, das die gesellschaftlichen Vorstellungen der heutigen Zeitepoche repräsentiert. Die Planung eines Hauses der Demokratie kann eine Chance bieten, zusammen mit Vertretungen aus verschiedenen Generationen die Vorstellungen für einen Neubau zu konkretisieren. Ziel ist, dass die Architektur eine Sprache findet, um die Identifikation mit unserem demokratischen Rechtsstaat zu stärken. Idealerweise befindet sich der Standort an zentraler Lage in der Kantonshauptstadt.

Das Haus der Demokratie soll ein Ort sein, wo das Parlament und der partizipative Dialog mit der Bevölkerung ein Forum erhalten. Die Räumlichkeiten sollen so ausgestaltet werden, dass das Interesse der Bevölkerung am politischen Geschehen im Kanton zunimmt. Der Bau soll der Repräsentation der politischen Kultur

dienen und neue Impulse für eine moderne Demokratie setzen. Das Haus der Demokratie soll als Symbol für die politische Diskussion und Entscheidungsfindung im 21. Jahrhundert stehen.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Baudirektion wie folgt Stellung:

Das Zürcher Rathaus ist für Kanton und Stadt Zürich ein Gebäude von herausragender Bedeutung. Es ist sowohl ein geschichtsträchtiger Bau als auch der Ort, an dem bis zum heutigen Tag alle parlamentarischen Entscheide von Stadt und Kanton fallen. Die architektonische Bedeutung des Rathauses ist weitläufig anerkannt. Das Rathaus wurde von 1692 bis 1700 erbaut und stellt einen repräsentativen Ort für die demokratischen Institutionen des bevölkerungsreichsten Kantons und der bevölkerungsmässig grössten Stadt der Schweiz dar. Es dient den beiden Parlamenten von Kanton und Stadt genauso wie dem Regierungsrat, dem reformierten Kirchenrat und den Kirchensynoden der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft. Es ist ein sehr bedeutendes Beispiel eines öffentlichen Profanbaus der frühen Neuzeit in der Eidgenossenschaft.

Gleichzeitig stösst das denkmalgeschützte Rathaus aus heutiger Sicht räumlich, technisch sowie betrieblich an seine Grenzen. Der Regierungsrat ist sich den bestehenden Beschränkungen bewusst und anerkennt grundsätzlich die neuen Ansprüche an ein modernes Parlamentsgebäude (u. a. zeitgemässe Infrastruktur, besserer partizipativer Dialog mit der Bevölkerung, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit). Das Immobilienamt hat daher seit 2018 Vorarbeiten für eine Gesamtstandsetzung mit räumlichen, technischen und betrieblichen Optimierungen getätigt. In diesem Zusammenhang wurde ein Betriebs- und Nutzungskonzept erarbeitet. In einem nächsten Schritt sollen verschiedene Varianten zur Gesamtstandsetzung vertieft geprüft werden. Es zeichnet sich ab, dass ein Grossteil der bestehenden Defizite des Rathauses behoben und die berechtigten Anliegen der Motionärin und der Motionäre umgesetzt werden können.

Hingegen ist die Forderung nach einem neuen Haus der Demokratie an einem zentralen Standort in der Zürcher Innenstadt eine grosse Unbekannte, angefangen bei der Standortwahl. Nach Ansicht des Regierungsrates verfügt der Kanton derzeit über kein geeignetes Grundstück zur Umsetzung eines solchen Vorhabens. Die Möglichkeiten, einen solchen Standort innert nützlicher Frist zu finden, scheinen aus heutiger Sicht stark begrenzt. Dies gilt selbst dann, wenn die Standortsuche gemeinsam mit der Stadt Zürich erfolgt. Demgegenüber hat das Rathaus eine ideale Lage mitten im Zentrum der Stadt. Sowohl der Hauptbahnhof als auch der Bahnhof Stadelhofen befinden sich in Gehdistanz und zwei Tramlinien halten direkt vor dem Gebäude.

Es ist davon auszugehen, dass ein Neubau an einem neuen Standort im allerbesten Fall in einem Jahrzehnt, vermutlich eher später realisierbar wäre. Alleine die Standortevaluation innerhalb der Stadt Zürich, unter Einbezug aller Nutzenden, würde vermutlich ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen. Die Machbarkeit auf potenziell geeigneten Grundstücken müsste zudem vor einem Standortentscheid eindeu-

tig geklärt werden. Erfahrungsgemäss sind Bauvorhaben (insbesondere Neubauten) an zentraler Lage äusserst anspruchsvoll und zeitintensiv, da viele unterschiedliche Interessen zusammentreffen und teilweise auch planungsrechtliche Vorkehrungen (z. B. Richtplaneintrag, Zonenplanänderungen oder Gestaltungspläne) unter Wahrung des rechtlichen Gehörs zu treffen sind. Zeitliche Verzögerungen wären vor diesem Hintergrund nicht aussergewöhnlich.

Eine Gesamtinstandsetzung des bestehenden Rathauses ist bereits in Planung und wird umgesetzt, da die letzte umfassende Erneuerung bereits 45 Jahre zurückliegt und das Projekt in enger zeitlicher Abstimmung mit dem von der Stadt Zürich geplanten Ersatz der Rathausbrücke entwickelt werden muss. Der Bau der neuen Brücke ist Teil des Projekts Hochwasserschutz Sihl, Zürichsee, Limmat und beginnt voraussichtlich 2023. Da der Ratsbetrieb während des Ersatzneubaus der Rathausbrücke in ein mehrjähriges, externes Provisorium verlegt werden muss, bietet es sich an, die unaufschiebbare Gesamtinstandsetzung gleichzeitig umzusetzen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass sich die Arbeiten und gemeinsamen Anstrengungen auf eine möglichst gelungene Modernisierung des Rathauses richten sollten. Dabei sollen die Nutzerbedürfnisse bestmöglich berücksichtigt werden. Eine parallele Planung eines neuen Standortes wird hingegen als nicht zielführend und nicht effizient erachtet. Sollte dieser Ansatz trotzdem weiterverfolgt werden, wäre gleichzeitig mit dem Entscheid für einen Neubau die Frage der Nachnutzung des Rathauses zu klären.

Die bisherigen Planungsarbeiten der Gesamtinstandsetzung unter Einbezug aller Nutzenden zeigen, dass auch unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Aspekte gute Möglichkeiten zur Modernisierung bestehen. Angestrebt werden sowohl eine stärkere Öffnung des Rathauses für eine flexiblere Nutzung als auch die Verbesserung der Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit. Die Planung zur Wandlung in einen zeitgemässen Tagungsort ist auf gutem Weg und soll nun zielstrebig weiterverfolgt werden können. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit einem umfassend modernisierten Rathaus den Bedürfnissen aller Nutzenden wie auch der Öffentlichkeit Rechnung getragen werden kann.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion KR-Nr. 123/2019 abzulehnen.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Wir wollen heute nicht über die katastrophale Sicherheitssituation in diesem ehrenwerten Haus sprechen. Wir wollen heute nicht über die pittoresken Gemälde der zahlreichen für mich unbekanntem Würdenträger an den Wänden in diesem Saal sprechen. Wir wollen heute aber auch nicht über den – finde ich persönlich – demokratisch bedenklichen Vorentscheid in der GL (*Geschäftsleitung*) sprechen.

Lassen Sie uns heute darüber sprechen, was Sie unter Demokratie verstehen. Lassen Sie uns heute zuerst über die Inhalte unserer Demokratie sprechen und erst danach über die passende Form hierfür, ganz nach dem Leitsatz des berühmten Architekten Louis Henry Sullivan, der sagte: «Form follows function», oder auf gut Deutsch: Die Form folgt der Funktion. Die Gestalt von Gebäuden soll sich aus ihrer inneren Funktion her ableiten. Im Gegenzug könnte man aus der Form des

Gebäudes gegebenenfalls auf dessen Funktion schliessen. Ich bezweifle, ob bei einer allfälligen repräsentativen Umfrage mehr als 20 Prozent der Bevölkerung wüsste, wo der Kantonsrat, der Regierungsrat, der Zürcher Gemeinderat, der reformierte Kirchenrat, die Kirchensynoden und auch das Jugendparlament tagen, denn das klandestin wirkende Gebäude aus dem 17. Jahrhundert lässt von aussen kaum auf seine wahre Funktion schliessen.

Ich wurde kürzlich gefragt, ob dieses Gebäude der Tagungsort der Freimaurer-Loge sei. Ich wies dann auf das lachsfarbene Gebäude beim Lindenhof hin. Die Loge ist – im Gegensatz zum Zürcher Rathaus – kein öffentlich zugängliches Gebäude, obwohl die Sitzanordnung dem britischen Parlament nachempfunden wurde. Auch in unserem Gebäude verirrt sich selten ein Passant oder eine Passantin, denn es wirkt mit seinen gusseisernen Gittern vor den Fenstern und dem Sicherheitsdispositiv eher abweisend, wenn nicht gar abschreckend. Unsere demokratischen Institutionen sollen die Menschen nicht abschrecken, sondern im Gegenteil, sie zur Teilhabe ermutigen, ja, geradezu zur Partizipation auffordern.

Auch die GLP hat das Problem erkannt und fordert in ihrem jüngsten Vorstoss «Die Notwendigkeit eines stärkeren Einbezugs der Bevölkerung bei politischen Entscheiden». Sie forderte darin informelle Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung mittels digitalen Mitwirkungs- und Ideenplattformen, denn der Einbezug der Bevölkerung stärkt das Vertrauen in den Staat und die Politik nachhaltig. Diese Haltung teile ich zum grossen Teil.

Die Abstimmungs- und Wahlbeteiligung dümpeln seit Jahren auf einem tiefen Niveau und stellen die Repräsentation von Volksentscheiden zunehmend infrage. Die demokratischen Prozesse, wie es die GLP verlangt, telquel ins Internet zu verlagern, greift aus meiner Sicht jedoch zu kurz. Je virtueller unsere Welt wird, desto mehr braucht es eben den physischen Kontakt zur realen Welt. Es geht hier, bei dieser Frage nicht um ein Oder, sondern um ein Sowohl-als-auch.

Für all jene werte Kolleginnen und Kollegen unter Ihnen, die sich hier gut und bequem eingenistet haben, sei gesagt, dass es sich hierbei bereits um das dritte Parlamentsgebäude an diesem Standort handelt. Das erste wurde im Jahre 1251 gebaut, das zweite 150 Jahre später am selben Standort errichtet und das dritte und heutige im 17. Jahrhundert. Um Kosten zu sparen, bediente sich der damalige Rat aus einem bestehenden Gebäudekatalog des damaligen Architekten Joseph Furttenbach. Im Wikipedia (*Online-Enzyklopädie*) ist zu lesen: «Da kein bedeutender Baumeister beigezogen wurde, ist das Gebäude in seiner Form auch kein «grosser Wurf» geworden, sondern ein einfacher dreistöckiger längsrechteckiger Bau mit Sandstein aus Bäch.» Bei der letzten grösseren Sanierung 1938 hat man den Zwischenboden rausgerissen – hier hatte es einen Zwischenboden, da in etwa (*der Votant zeigt die Stelle*) –, somit konnte man uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Glück etwas mehr Luft zu verschaffen. Obwohl sich unsere Demokratie in den letzten dreihundert Jahren massgeblich weiterentwickelt hat, haben sich die eigentlichen Gebäudestrukturen nicht wesentlich verändert. Das Gebäude ist eine niedliche Schatulle mit einem kleinen Eingangsloch, wo man rein- und rausgeht – eine alte liebliche Schachtel.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Das Zürcher Rathaus ist ein würdiger Bau, der sich jedoch für die Anforderungen eines modernen Parlamentsbetriebes im 21. Jahrhundert nicht mehr eignet. Nach dreihundert Jahren und etlichen Anpassungen ist die Zeit endlich gekommen, um darüber nachzudenken, wie wir in Zukunft politisieren wollen. Es geht um die Weiterentwicklung unserer demokratischen Institutionen, und es geht darum, in welchem Umfeld nachfolgende Generationen von Politikerinnen und Politiker ihre Entscheidungsprozesse gestalten können. Denn eines ist bereits jetzt so sicher wie das Amen in der Kirche: Die Wenigsten von uns werden noch in diesem Saal sitzen, wenn das neue Rathaus eingeweiht wird.

Denken Sie bei der heutigen Abstimmung daher nicht an sich selber, sondern denken Sie an Ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger im Kantonsrat. Haben Sie den Mut, die Scheuklappen aufzumachen, über Ihre Nasenspitze hinaus zu denken. Sagen Sie mir Ihre Meinung, sagen Sie sie der Öffentlichkeit, denn heute geht es nicht um links oder rechts, grün oder blau, sondern um den Wert und die Weiterentwicklung unserer vielgelobten Demokratie. Besten Dank.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Ich gebe den Motionären Recht: Dieses Gebäude, das seit dem Jahre 1700 das politische Geschehnis des Kantons Zürich beherbergt, strahlt zum Glück diese Zeit in der inneren wie auch der äusseren Architektur aus. Ja, dieses Haus ist ein Denkmal. Früher baute man repräsentative Gebäude robust und mit Stolz, eben, man zeigte sich im besten Licht. Heute müssen wir feststellen, dass die jetzigen Bauten in der Langlebigkeit in keiner Art und Weise schritthalten können. Sicherlich haben sich in den letzten 320 Jahren die Bedürfnisse von uns gewandelt. Ich bin aber der Meinung, dass man eine Strategie des Kantons Zürich erkennen kann, die politischen Geschehnisse des Kantons Zürich eben in solchen Gebäuden und Liegenschaften leben zu lassen.

Ich erinnere: Das Haus zum Rechberg wurde vor nicht allzu langer Zeit intensiv renoviert. Unser Parlamentsdienst erledigt dort die Arbeiten für unser Tun im Rat. Wir tagen in verschiedensten Kommissionen in diesen Gebäuden am Hirschengraben. Klar dürfen wir uns zwischen diesen beiden Lokalitäten – ich meine dem Haus zum Rechberg und dem Rathaus am Limmatquai – verschieben. Geschadet hat es aber noch niemandem. Ich teile die Meinung des Regierungsrats, dass mit unserem jetzigen Rathaus ein zweckmässiger Rathausbetrieb mit einem sanften Umbau möglich wird – klar, in Kombination mit dem Haus zum Rechberg. Weiter teile ich auch die Meinung des Regierungsrats, dass ein neuer Standort für ein «Haus der Demokratie» mit dem umschriebenen Ausstattungslevel eine enorme Herausforderung sein würde.

Die heutige Situation ist, glaube ich, allen bekannt. Unser jetziges Rathaus hat dringend eine Renovation nötig. Diese könnte man mit dem Abriss und Neubau der angrenzenden Gemüsebrücke (*Rathausbrücke*) verbinden. Eine Verknüpfung der Sanierung des jetzigen Rathauses mit einem eventuellen Neubau an einem neuen Ort scheint nur schon aus terminlichen Gründen kaum möglich zu sein. Dies hat auch der Regierungsrat in seinem Schreiben vom 26. Juni 2019 umschrieben.

Zusammengefasst bedeutet eine Annahme dieser Motion, dass die Renovationsinvestitionen am Haus zum Rechberg und am Rathaus in beiden Fällen nicht vollumfänglich amortisiert würden. Addiert man diese Kosten mit den Investitionskosten für ein neues Rathaus mit den umschriebenen Wünschen der Motionäre, dann dürfen wir unseren Stimmbürgern des Kantons Zürich einen tollen Baukredit unterbreiten. Damit ist die Sache noch nicht gegessen, denn den beiden ehrwürdigen Baudenkmalern aus jener damaligen, vergangenen Epoche müssten neue Aufgaben zugeteilt werden. Wetten wir: Da müssen sicherlich wieder bauliche Anpassungen getätigt werden und natürlich nach den strengen kantonalen Bauvorschriften.

Würden wir die vorliegende Motion umsetzen, müssen wir uns nicht wundern, wenn mit ähnlicher Begründung weitere solcher alten Liegenschaften plötzlich verwaisen. Ich zitiere aus der Motion: «Infrastrukturanlagen und räumliche Bedingungen sind an aktuelle und künftige Erfordernisse anzupassen. Es ist davon auszugehen, dass sich die engen Platzverhältnisse auch nach einem Umbau unmerklich verändern werden.» Merken wir es: Dieser Satz sagt doch das aus, was mit vielen Wohnliegenschaften bereits geschieht. Jetzt schlägt uns die linke Ratsseite vor, es mit Baudenkmalern aus jener Zeit gleichzutun. Dies hat nichts mehr mit Vernunft und Demut zu tun; dies ist schlichtweg einfach purer Hochmut. Hier will man auf Kosten der Steuerzahler sich ein spezielles Privileg erschaffen, und verkauft es als allgemeiner Nutzen.

Ich fasse zusammen: Die SP will ein mondänes neues Rathaus. Was mit den beiden bisher genutzten Liegenschaften – Haus zum Rechberg und das jetzige Rathaus – geschehen soll, wird mit keinem Wort erwähnt. Dies generiert unwahrscheinlich grossen Zeit- und Kostenaufwand für wenige Nutzer des Kantons Zürich. Eine Signalwirkung: Geschichtliche Bauten sollen nicht mehr genutzt werden. Dies bedeutet klar ein Identifikationsverlust für den Kanton Zürich.

Die SVP-Fraktion lehnt dieses Ansinnen einstimmig ab.

Sonja Rueff (FDP, Zürich): «Haus der Demokratie», Forum für öffentliche Veranstaltungen, zeitgenössischer Tagungsort: Das tönt alles sehr schön. Ich war auch an der ETH und habe mit Bewunderung die Arbeiten und Ideen der Studentinnen und Studenten für ein neues Rathaus betrachtet. Und heute geht es um die Motion für eine kreditschaffende Vorlage.

Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, wie der zeitliche Ablauf der Sanierung des jetzigen Rathauses aussieht. Die Koordination mit der Rathausbrücke ist offensichtlich und somit auch zeitlich vorgegeben. Der Regierungsrat stellt in Aussicht, dass bei der Gesamtanierung die Modernisierung, die stärkere Öffnung des Rathauses für eine flexiblere Nutzung und auch die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit verbessert werden. Die Sicherheit muss selbstverständlich auch massiv verbessert werden. Somit werden die wichtigsten Forderungen der Motion mit der Sanierung erfüllt.

Nun zum Standort: Die Motion möchte den Standort in der Zürcher Innenstadt. So viele Standorte, die verfügbar sind, gibt es nun ja nicht. Die Studenten an der

ETH mussten darauf nicht Rücksicht nehmen und konnte deshalb die Traumrathäuser planen: auf dem Lindenhof, auf dem Bauschänzli und auf dem Bürkliplatz. Aber realistisch sind sie deshalb nicht. Interessant hingegen war ein Objekt am heutigen Standort des Rathauses in Verbindung mit dem jetzigen Café Rathaus und der Polizeiwache – so schlecht ist der jetzige Standort also doch nicht. Eine parallele Planung eines komplett neuen Rathauses beziehungsweise ein «Haus der Demokratie» ist nicht zielführend und ein bürokratischer Leerlauf. Warten wir die Sanierung ab, freuen wir uns nach dem Provisorium auf den Wiedereinzug in unser Rathaus.

Wir haben im Kanton übrigens auch dringendere Investitionsprojekte wie andere Hochbauten beispielsweise im Hochschulquartier.

Und nun noch ein Gedanke zur Demokratie. Die Demokratie wird hier durch uns und von uns gelebt. Wir brauchen kein pompöseres Haus für eine bessere Demokratie. Die Politik in der Duma in Moskau oder im nationalen Volkskongress in China wird durch die pompösen Bauten auch nicht besser. Die Demokratie kann nicht mit Backsteinen gebaut werden, die Demokratie besteht nicht aus Stein, auch nicht aus Sandstein, sondern wird durch uns gebaut, durch unser Handeln in diesem Rathaus. Unser Rathaus ist absolut angemessen für uns Milizpolitiker. So, nun aber genug Pathos. Und wie bereits anfangs gesagt: Träumen und planen kann man immer. Zudem beraten wir bald hier in unserem Rathaus über ein Kongresszentrum auf dem Carparkplatz. Es gab an der ETH unter den Studenten zwei Projekte für einen Standort des Rathauses auf dem Carparkplatz. Wieso nicht kombiniert mit einem Kongresszentrum? Deshalb freue ich mich jetzt schon auf ein Ja der SP und EVP zu unserem Postulat (*KR-Nr. 350/2017*). Besten Dank.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Die Motion unseres Kollegen verlangt ein «Haus der Demokratie» – geschickt aufgegleist, eloquent formuliert, sympathisch präsentiert. Dennoch: «Haus der Demokratie», das klingt für mich mehr nach «Palast des Volkskongresses», und ich kenne solche «Tempel der Demokratie», solche Tempel, wo eben das Gegenteil von Demokratie zelebriert wird. Andre hier träumen von einem Leuchtturmprojekt wie der Elbphilharmonie, andere von einem Ort der Begegnung. All das hat aber keinen Klang.

Mir gefällt das Rathaus. Es liegt perfekt, ist irgendwie bescheiden und doch ein Schmuckstück. Es ist nicht so abweisend, wie moniert wird, aber es ist in der Tat unklar, ob man reingehen kann. Also, überlegen wir uns, wie wir das verbessern können. Und in der Tat ist dieses schöne Rathaus kaum bekannt. Es ist zwar ein Orientierungspunkt – beim alten Haus da am Fluss –, aber kaum ein Treffpunkt, kein Ort, wo man hingehen würde, obschon hier jede Woche mehrfach Demokratie gelebt wird.

Ein neues «Haus der Demokratie», ein neuer Palast für das Parlament passt für uns Grünliberale nicht in die Zeit. Transparenz der Politik ist uns wichtig; sie ist aber nicht abhängig von einem neuen Gebäude, sondern unserer Offenheit von uns Politikern – von einer Haltung. Wir brauchen keinen Repräsentationsbau. Im

Antrag heisst es übrigens, das Gebäude hier entspreche dem Repräsentationsbedürfnis seiner Zeit. Man will also ein neues Repräsentationsgebäude für unsere Zeit.

Wir brauchen weniger Beschäftigung mit uns selber. Mitmachpolitik hängt nicht von einem modernen Bau ab. Gerade in unserer halb-direkten Demokratie ist das Parlament, das Rathaus, ein Arbeitsort. Mitmachen können wir, können aber auch alle – alle drei bis vier Monate – im Austausch mit uns Milizpolitikern jederzeit. Ein neues «Haus der Demokratie», ein «Palast des Volkskongresses», ist also überflüssig.

Falls die Motion aber doch angenommen werden sollte, dann doch ein paar konstruktive Ideen unsererseits: Standort Globusprovisorium – am besten gleich als Kongressort ausgestalten. Dann tagt dann halt am Montag der Volkskongress.

Wir wissen es alle: Das Rathaus ist nicht perfekt, die Platzverhältnisse sind problematisch, aber diese Enge hat ihre Vorteile, nämlich, man kann sich zuhören – auch ohne Kongresstechnik –, man kann alle 179 Kolleginnen und Kollegen sehen und Kontakt aufnehmen.

Eine Instandsetzung dieses Hauses ist ja auch aufgegleist. Der Zugang – ich hab's schon gesagt – soll verbessert werden, es soll aber auch mehr Platz für Gespräche im Foyer entstehen. Ein neues «Haus der Demokratie» würde dieses Rathaus überflüssig machen; es würde dann zum Museum. Wollen wir uns also selber mu-sealisieren?

Es ist übrigens auch ein denkmalschützerischer Ansatz, auch die Nutzung zu erhalten. Ein Rathaus soll als Rathaus genutzt werden, und nicht als Rathausmuseum. Insofern kommen wir dem Denkmalschutz entgegen. Daher erwarten wir auch, dass der Denkmalschutz uns entgegenkommt. Wir fordern, dass eine Anpassung an neue Bedürfnisse offen diskutiert werden kann. Veränderungen müssen möglich sein, denn nichts ist konstant wie die Veränderung. Sonst müssten wir gleich zurück zum ursprünglichen Bau, und dann – schauen Sie sich hier um – wären da eben der zusätzlich erwähnte Boden drin. Dieser Boden würde zwar zusätzliche Räume schaffen, aber diesen Raum definitiv unmöglich machen. Aber nur mit einer halbierten Höhe hätten wir hier wieder den Originalzustand – oder reicht es der Denkmalpflege einfach, dass diese Vergrößerung des Raums schon 1831 vorgenommen und damit «ersessen» wurde, wie das im Planungs- und Baugesetz üblich ist? Vielleicht soll die Eingriffstiefe hier einmal etwas weitergehen dürfen.

2023 wird der Ratsbetrieb während des Ersatzneubaus in ein mehrjähriges, externes Provisorium verlegt werden müssen; dann wird die Sanierung an die Hand genommen. Sollte nun hier ein Neubau beschlossen werden, dann hätte das eine Wirkung auf den Umbaustandard dieses Hauses hier, oder aber wir stellen uns auf ein zehn- bis vielleicht zwanzigjähriges Provisorium ein, Zeit, die es brauchen würde, um einen Neubau zu evaluieren, zu planen, um die politischen Prozesse ablaufen zu lassen. Der Zeitpunkt der Motion ist also interessant, aber nicht annähernd so gut, wie behauptet.

Die bisherigen Planungsarbeiten zeigen, dass gute Möglichkeiten zur Modernisierung bestehen. Angestrebt werden sowohl eine stärkere Öffnung des Rathauses

für eine flexiblere Nutzung als auch eine Verbesserung der Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und vor allem wäre eine zukunftsweisende Technik zu berücksichtigen, eine Technik, die sich am Morgen und nicht am Gestern orientiert, die nicht möglichst viele Kabelschächte benötigt, sondern an die mobilen Nutzerinnen und Nutzer denkt. Oder, um Altkantonsrat Willy Germann zu zitieren: «Technik statt Beton.» So bringen wir vielleicht mehr Öffentlichkeit hin, was wir – auch das wurde bereits gesagt – mit unserem Vorstoss «neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung» ja bereits eingereicht haben. Wir werden die Motion nicht unterstützen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): In diesem Haus wurde in den letzten dreihundert Jahren viel gesprochen, viel geschwitzt, viel bestimmt und viel beschlossen. Wir alle kennen die Mängel dieses Hauses. Nicht funktionierende Anlagen, Sitze, die zusammenkrachen, kaum ein Platz, an dem man ungehindert ein und aus gehen kann, zu kleine Arbeitsflächen und die Sicherheit respektive die Notausgänge sind weniger gut als an einem Dorffest. Arbeitsplätze, an denen man ein vertrauliches Gespräch führen könnte, sind kaum vorhanden, und Räume für grössere Gruppen fehlen ganz. Es gibt also gute Gründe, der Motion zuzustimmen und die Chance zu packen, irgendwo auf der grünen Wiese im Zentrum dieser Stadt etwas zu bauen, das den modernen Ansprüchen eines Ratsbetriebs gerecht wird. Auch die Idee, das Haus zu öffnen, es zu einem Ort der Begegnung und des Dialogs zu machen, ist bestechend und verdient Unterstützung. So sehen das etwa auch die Hälfte unserer Fraktionsmitglieder.

Die andere Hälfte hängt an diesem Rathaus, an der Geschichtsträchtigkeit dieses Ortes und an dem Raum, der es doch auch ermöglicht, einen Zwischenruf auf die andere Ratsseite zu geben oder sich einfach nur mal von links nach rechts in die Augen zu schauen. Gute vier Stunden pro Woche hier zu sein, kann man aushalten, und wenn die vom Regierungsrat versprochenen Verbesserungen an der Infrastruktur kommen, dann kann man hier die Sitzungen auch abhalten.

Zwei Herzen pochen also in der Brust der Grünen, und die beiden Herzen schlagen in der Fraktion beide gleich stark. So mag es nicht erstaunen, dass wir Stimmfreigabe für dieses Geschäft beschlossen haben, und ein jeder und eine jede für sich entscheiden wird, was ihr oder ihm wichtig ist.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Es ist unumstritten, dass unser Rathaus in der jetzigen Form von der Infrastruktur, von der Technik, von der Zugänglichkeit her für Besucherinnen und Besucher und auch hinsichtlich Fluchtwege nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Wir sind uns ebenso einig, dass es für einen modernen Ratsbetrieb dringend betriebliche Optimierungen braucht. Wenn man bedenkt, dass die letzte umfassende Erneuerung bereits 45 Jahre zurückliegt, dann ist das auch nicht weiter verwunderlich.

Sogar die Regierung ist gleicher Meinung. Deshalb ist das Immobilienamt seit gut einem Jahr damit beschäftigt, Szenarien und Lösungsansätze zu prüfen, um dieses historische Gebäude so umzubauen, dass es möglichst viele unserer Ansprüche

wird erfüllen können. Das erstellte Betriebs- und Nutzungskonzept sowie die Antwort der Regierung auf die Motion bestätigen: Es ist möglich mit einer umfassenden Sanierung aus diesem ehrwürdigen Bijou ein zeitgemässes, an die modernen Techniken angepasstes Parlamentsgebäude zu machen.

Die Forderungen nach einem neuen Gebäude, nach einem «Haus der Demokratie», sind für die CVP-Fraktion daher nicht nachvollziehbar. Grösser, besser, schöner – jeder hat manchmal solche Wünsche. Als gewählte Volksvertreter steht uns aber etwas mehr Bescheidenheit und vor allem etwas mehr Demut an. Und dass nur ein Bruchteil der Bevölkerung weiss, wo das Parlament zu Hause ist, wie uns Andrew Katumba so dramatisch dargestellt hat, dieses Problem werden wir mit einem neuen Prunkbau nicht lösen können. Der Umzug in ein Provisorium und der Umbau des Rathauses werden den Kanton Zürich bereits eine grosse Stange Geld kosten. Wie bitte, liebe SP und EVP, erklären Sie den Steuerzahlenden, dass sie weitere Millionen lockermachen sollen, weil es Ihnen hier nicht zeitgenössisch genug ist? Und das für vier Stunden Sitzung pro Woche notabene.

Wir verbringen also nur einen Bruchteil unserer Zeit hier drin, weil wir Milizpolitiker sind. Wir sollten stolz darauf sein, dass wir als Volksvertreter in diesem ehrwürdigen Gebäude tagen dürfen. Tradition und Beständigkeit liegt der CVP-Fraktion mehr als Übermut und Eitelkeit.

Wir lehnen diese Motion ab.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): «Die machen sowieso, was sie wollen.» Bestimmt kennen Sie dieses weitverbreitete Vorurteil über uns Politiker. Und in der Tat gehen Sie wohl mit mir einig: Volksnähe ist für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier wichtig, eine Volksnähe, die sich auch dadurch auszeichnet, dass das Volk am parlamentarischen Prozess teilnehmen kann: Ratsdebatten verfolgen, sich mit Parlamentsmitgliedern treffen und sich aussprechen, in Foren mitdiskutieren. Das Volk soll in diesem Haus präsent sein. Diese Überzeugung teilen Sie als Demokratinnen und Demokraten bestimmt mit mir. Nicht umsonst wurde aufgrund der Demokratiebewegung in unserem Kanton im 19. Jahrhundert – der Ustertag von 1830 lässt grüssen – unser Rathaus stark verändert. So baute man 1833 eine Zuschauertribüne, damit die Öffentlichkeit die Sitzungen des Kantonsrates verfolgen konnte. Seither ist in Sachen Öffnung für das Volk mit diesem Rathaus nichts mehr passiert. Man hat immer wieder gebastelt, am Eingang und der Treppe und das wiederholt, am Festsaal; man hat immer wieder mal renoviert und restauriert, wie man das bei einem Denkmal eben macht. Aber in Sachen «Ertüchtigung für die Demokratie» ist in unserem Rathaus die Zeit seit 1833 stehen geblieben. Und alle Versuche mit vielen guten Ideen für ein volksnäheres, zweckdienliches Rathaus sind seither gescheitert; ein unrühmlicher Umstand, mit dem wir es inzwischen sogar in den Wikipedia-Eintrag geschafft haben.

Wir brauchen ein neues «Haus der Demokratie». Ein Haus, in dem das Volk willkommen ist, Einblicke in unseren Parlamentsbetrieb erhält, Gelegenheiten für Gespräche mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern hat, an entsprechenden Bürgerforen und Veranstaltungen mitwirken kann. Wir brauchen ein «Haus der Demokratie», in dem die Parlamente und Exekutiven von Kanton, Stadt und Kirchen

– und das sind nicht nur vier Stunden pro Woche – ihre Arbeit effizient und effektiv tun können mit Platz und Raum fürs Arbeiten, Verhandeln, Lösungen suchen und fürs Empfangen von Besuchenden. Wir brauchen Platz für Besprechungen, für Sitzungen von Kommissionen, Fraktionen und Arbeitsgruppen. Wir brauchen zweckmässige Einrichtungen und Arbeitsplätze für die Medienschaffenden. Und wir brauchen ein einladendes und sachdienliches Besucherzentrum, das unsere Bevölkerung zur Teilnahme am politischen Leben einlädt.

Ich weiss: Manche von Ihnen wollen aus Spargründen nur sanft renovieren – eine bessere Pinsel-Renovation, einmal mehr. Ich weiss Ihre Sparsamkeit zu schätzen, und es tönt im ersten Moment ja auch noch gut: Wir wollen als Parlament bescheiden sein, das alte Rathaus genügt. Dabei verhindern Sie einen zeitgemässen Parlamentsbetrieb und eine Stärkung der Demokratie. Und Sie schieben die grundlegende Bereinigung der unbefriedigenden Situation um weitere 40 Jahre hinaus, reichen die heisse Kartoffel von 1833 der Generation von 2060 weiter. Und das Volk und die Parlamentsgruppen werden sich 40 weitere Jahre mit einem Haus durchschlagen müssen, das in eklatanter Weise gegen das Gesetz verstösst, das in keiner Weise den heutigen Brandschutzvorschriften entspricht – Stichwort: Sprung in die Limmat –, das ein Sicherheitsrisiko darstellt – wie die Regierung ganz genau weiss –, in dem die Technik in keiner Art und Weise den heutigen Anforderungen entspricht, und der Denkmalschutz jeden leisen Versuch zur Optimierung unserer desolaten Zustände im Keim erstickt. Wollen Sie wirklich weiterhin basteln?

Ich träume von einem Parlament, das etwas mehr Pioniergeist hat. Manche von Ihnen gerade auch auf der bürgerlichen Seite haben vor wenigen Monaten den 200. Geburtstag des Pioniers Alfred Escher gefeiert. Man erinnerte sich mit Stolz an seine Verdienste für Schweizer Eisenbahnen, Banken und Hochschulen. Ein bisschen von diesem visionären Pioniergeist dürften wir uns heute durchaus auch aneignen. Wir sind der bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Kanton der Schweiz in einer der führenden Wirtschaftsregionen Europas. Da wäre es doch angebracht, für das demokratische Miteinander dieser führenden Region ein zweckdienliches «Haus der Demokratie» zu bauen, statt ein weiteres halbes Jahrhundert an einer denkmalgeschützten Rumpelkammer herumzubasteln. Wenn unsere Vorfahren nur mehrhundertjährige Häuser geschützt und nicht auch mutig neue visionäre Bauten erstellt hätten, würden wir heute unsere Sitzungen wohl noch in Pfahlbauten abhalten.

Die EVP hat genug vom jahrzehntelangen Basteln und Restaurieren am Denkmalobjekt Zürcher Rathaus. Lassen wir das Denkmalobjekt Denkmalobjekt und Museum sein. Dafür wird es genügend museale und repräsentative Nutzungszwecke geben. Und nehmen wir nun zusammen die Planung für ein «Haus der Demokratie» an die Hand, das wegweisend für das demokratische Miteinander im 21. Jahrhundert sein wird. Ich hoffe, viele von Ihnen glauben an die Zukunft unserer lebendigen Demokratie und unterstützen dieses Generationenprojekt.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir hatten eine ausserordentlich kreative Fraktionssitzung zu diesem Thema. Ich möchte Ihnen das aber eigentlich ersparen, weil

wir hier ja in einer wirklich ernstern Veranstaltung sind. Aber wir sind dann doch irgendwann beim «Palast der Republik» gelandet, der in der Hauptstadt der DDR, Berlin, gebaut wurde. Es ist vermessen – ich gebe es zu –, die DDR mit der Zürcher Demokratie zu vergleichen; das ist ein unangebrachter Vergleich. Aber es war auch ein Haus, das gross scheinen musste. Ich glaube, es ist eben typisch, dass Staaten oder staatliche Institutionen, die unsicher sind, die sich beweisen müssen, sich auch in entsprechenden Bauten verwirklichen.

Das war zum Beispiel im 19. Jahrhundert der Fall: Der Bundesstaat musste das machen. Wir haben das leicht schräge Bundeshaus in Bern in einem sehr komischen Stil gebaut. Aber wir hatten überall diese Poststellen, wirkliche Tempel des Bundesstaates, auch Bahnhöfe. Das waren richtig grosse Bauten, mit denen sich der Staat verwirklichen wollte. Man wollte damit zeigen, dass wir jetzt etwas sind – nun, das war im 19. Jahrhundert.

Aber heute haben wir ja eine ausserordentlich gefestigte Demokratie hier in der Schweiz und in Zürich. Wir haben eine sehr spezielle Demokratie. Dass die Regierung im Kanton vom Volk gewählt wird, ist sehr speziell. Das mit der direkten Demokratie ist sehr speziell. Dass die Regierung zwar eine grosse Mehrheit hat im Parlament, aber trotzdem viel Niederlagen erleidet: So etwas gibt es nur in der Schweiz. Wir haben wirklich eine sehr stabile Demokratie. Und diese Demokratie wird hier – vielleicht begreifen Sie es am Schluss, Herr Mittelschullehrer (*gemeint ist Markus Späth, der einen Zwischenruf platziert hat*) –, wir machen diese Demokratie jeden Montag hier drin. Das ist das «Haus der Demokratie». Ich finde es ziemlich anmassend, wenn man sagt: Wir müssen ein «Haus der Demokratie» bauen. Was anderes als Demokratie sind denn diese Parlamentssitzungen jeden Montag? Das muss ich Sie schon fragen, Herr Katumba und die Genossinnen und Genossen der SP-Fraktion: Das ist doch das, was wir hier machen. Und wir machen aus dieser Demokratie, was wir wollen. Wenn wir heute Morgen nicht zu diesem Geschäftsbericht reden, dann vergeben wir uns halt diese Chance. Aber das liegt nicht am Ratssaal und an diesen sperrigen Bänken, sondern das liegt an der Funktionsweise dieses Parlamentes. Das Parlament wird nicht anders denken, wenn wir plötzlich mehr Platz haben, wenn wir einen Rollstuhl haben, mit dem wir herumfahren können, wenn wir zwei Laptops auf dem Pult haben. Ich möchte ja nicht wissen, was heute alles in diesen Laptops angeschaut wurde. Es wird sicher nicht nur gearbeitet. Im «Haus der Demokratie» hätten wir dann allenfalls eben Platz für zwei Laptops. Das kann es nicht sein.

Und dann wurde eben viel darüber gesagt, man müsse die Demokratie weiterentwickeln; es sei nicht mehr zeitgemäss. Das ist immer ein guter Begriff «nicht mehr zeitgemäss». Ich denke, unsere Demokratie ist sehr zeitgemäss. Dann wurde noch von Pioniergeist gesprochen. Was ist dann hier so pionierhaft, wenn man ein neues Gebäude bauen würde? Das bringt doch einfach nichts; das ist nicht pionierhaft und auch nicht visionär. Also, diese Demokratie, die wir hier haben, die müssen wir hier drin machen und die müssen wir verteidigen und für die müssen wir kämpfen. Das hängt nicht vom Gebäude und von irgendeiner Form ab, sondern von uns. Ich denke, dieses Rathaus passt bestens zu dieser sperrigen Demo-

kratie, die wir hier in Zürich und in der Schweiz haben. Das ist ein ausgezeichnetes Gebäude dafür. Darum zieht die Alternative Liste dieses Rathaus einem visionären respektive einem aufgeblasenen «Tempel der Demokratie» vor.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Nein, ich möchte Herrn Bischoff keine Antwort geben; ich möchte mich mit der Realität befassen. Ich war nie in der DDR und kenne die Gebäude dort nicht. Ich will auch nicht in einem Staat wie der ehemaligen DDR leben. Ich habe zum Glück nur die Demokratie in der Schweiz erlebt, und das freut mich immer noch. Ich bin auch nicht besonders demütig; das war überhaupt nie mein Ziel als Parlamentarierin. (*Heiterkeit*) Aber, ich möchte jetzt zurückkehren zur Realität.

In einem Punkt sind wir uns wohl alle einig: Das Rathaus ist ein schönes Haus, es hat eine gute Ausstrahlung. Das Schönste ist übrigens die Dachbemalung, die man von draussen sieht. Die mag ich sehr. Sie ist leicht und locker, es hat Licht und ist schön. Aber das Haus ist nicht mehr zweckmässig, kein der heutigen Zeit entsprechender Arbeitsort für einen aktuellen Ratsbetrieb. Das müssen wir einfach sagen. Der Ratssaal ist eng, stickig, Tische, die nicht zum Aufstehen geeignet sind. Ich muss jedes Mal Herrn Bloch bitten, sich zu erheben, wenn ich aufstehen will. Auch haben wir keinen Platz zum Arbeiten. Wenn der Laptop auf dem Tisch ist, dann ist er voll, und man kann nicht mehr aufstehen. Auch das Foyer ist zu klein. Man kann sich kaum unterhalten, vor allem nicht diskret. Das Regierungszimmer dürfen wir nicht betreten. Das ist für uns verboten wie für kleine Kinder. Das ist wirklich unwürdig für ein selbstbewusstes Parlament – das wir vielleicht gar nicht sind –, das gebe ich zu. Wenn man bedenkt, wie eng die Platzverhältnisse sind, dann muss man zum Resultat kommen: Es müssen andere Platzverhältnisse geschaffen werden.

Ich habe in der letzten Zeit, in den letzten Jahren viele Rathhäuser gesehen. Ohne Träumerei, ohne Illusionen für einen Prunkbau kann ich sagen: Gehen Sie nach Stuttgart und schauen Sie sich zum Beispiel den Landtag an. Er wurde 1961 für 21 Millionen gebaut. Er ist transparent, luftig, einladend. Die Parlamentarier sitzen nicht hinter dicken Mauern und Türen und vergitterten Fenstern wie wir. Man begegnet ihnen in der Wandelhalle, in einer Wandelhalle, in der zum Beispiel auch Kunstführungen mit wechselnden Objekten stattfinden. Das würde vielleicht sogar Herrn Bischoff interessieren – gut, es ist vielleicht zu modern, gebe ich zu. Das Triptychon von Hajek (*Otto Herbert Hajek, österreichischer Maler*): Ein wunderschönes Bild und sehr interessant. Es gibt da vieles zu sehen in diesem Stuttgarter Landtag, und ich rate Ihnen sehr, einmal hinzugehen.

Wir brauchen ein neues Rathaus mit frischer Luft, mit Arbeitsplätzen und Tischen, von denen man einfach aufstehen kann, ohne dass man den Partner auch zum Aufstehen bewegen muss und ohne dass zu Beginn der Legislatur um die Randplätze gekämpft werden muss. Ein Rathaus, in dem man auch grössere Veranstaltungen durchführen kann, um nicht nach Bern fahren zu müssen, um eine grosse Veranstaltung abhalten zu können, mit Räumen für die Zusammenarbeit in Gruppen und genügend Sitzungszimmer und Arbeitsplätze.

Schauen Sie sich um. Das Papierwerd-Areal mit dem Globusprovisorium mitten in der Stadt bietet sich geradezu für ein schönes Rathaus mitten im Leben dieser Stadt an. Im pulsierenden Leben dieser Stadt wäre das Rathaus sozusagen ein «Haus der Langsamkeit», denn schnell sind wir hier drin ja ganz bestimmt nicht. Aber es wäre auf jeden Fall der richtige Platz. Auch ein moderner Bau kann die Erwartungen an eine «Haus der Demokratie», wie hier so schwülstig gesagt wird, erfüllen. Auch dieser Bau würde zu einem «Haus der Geschichte», eben der aktuellen Geschichte.

Dann zum Preis: Ein Kanton, der an bester Wohnlage, mitten in der Stadt, einen Polizeimoloch (*gemeint ist das Polizei- und Justizzentrum*) mit 300 Gefängnisplätzen hinstellen kann, kann sich beim besten Willen auch einmal ein neues Rathaus leisten, und das alte Haus einer anderen Nutzung zuführen – es wird ja schliesslich nicht abgerissen. Dann zu den Illusionen, die Sie haben für den Umbau hier drin. Man meint, man könne etwas Schönes machen, das allen nützt und das genügend Platz bietet. Das wird man nicht können. Da werden Sie auf die Welt kommen, Frau Rueff. So geht das nicht. Wenn, dann müssten wir das Parlament verkleinern. Das wäre ja vielleicht auch eine sehr gute Idee, aber dann könnten wir ein Haus bauen oder einen Raum bauen, der uns als Arbeitsort dient.

Ich bitte Sie, geben Sie sich einen Ruck. Es gibt eine neue Zeit. Man könnte da etwas tun, auch ohne Herrn Bischoff. (*Heiterkeit*) Ich danke Ihnen.

Theres Agosti (SP, Turbenthal): Man muss in einem Parlament nicht gegenüber-sitzen, man kann auch in einem Kreis Standpunkte austauschen. Nicht, dass wir in einem Circle – der jüngsten Typologie von Parlamenten – öfters einer Meinung wären. Verstehen Sie mich richtig: Nicht, dass ich die Kontroverse nicht für wertvoll halte, aber die Sitzordnungen in Parlamenten sagt etwas über das demokratische System aus, die Typologie hat Einfluss auf parlamentarische Entscheidungsprozesse.

Bevor der Kantonsrat über ein Projekt zur Instandsetzung dieses Hauses befindet, muss über die zukünftige Funktion und Bedeutung des Rathauses als Ort der legislativen Entscheidungsfindung in unserer Demokratie nachgedacht werden. Deshalb ist heute die Zustimmung zu dieser Motion wichtig.

Zur Gegenseite: Sehr geehrter Herr Dalcher, zum Glück strahlt dieses Gebäude die damalige politische Kultur aus. Hanspeter Hugentobler hat gesagt: «Lassen Sie das denkmalgeschützte Objekt Denkmal sein und denken Sie voraus.» Geschichtliche Bauten sollen weiterhin genutzt werden, aber nicht für ein zukunftsfähiges Parlament, sondern für eine passende Nutzung. Apropos «Tempel der Demokratie» und zu den Bildern von Benno Scherrer: Ironischerweise ist die Skala der Versammlungshallen proportional zum Rang des demokratischen Index der Länder. Die Parlamente, welche Sie angetönt haben, welche den tiefsten demokratischen Index haben, versammeln sich in den grössten Hallen. Wir denken nicht an einen Tempel hier, sondern an ein multifunktionales Gebäude mit geräumigem Parlamentssaal.

Zurück zur Sitzordnung: Die Brexit-Debatten, die Sitz- oder besser Stehordnung des britischen Parlamentes, die politische Kultur und die Erfolge und Misserfolge

des erlebten parlamentarischen Prozesses haben prägende Bilder hinterlassen. Neben dem, was wir im Vergleich zu Oppositionssystemen weit tragfähigere Entwicklungen erreichen, ist die Vorstellung befremdend, wenn die Parlamente in den nächsten Jahrzehnten weiterhin in Fronten gegenüber sitzen, um zu legiferieren. Das Zürcher Rathaus ist – wir haben es gehört – kurz vor Ende des 17. Jahrhunderts erstellt worden. Es wurde für die damalige Zeit erstellt. Wir haben jetzt eine andere Zeit. Wir müssen uns weiterentwickeln. Wir brauchen einen funktionalen Raum für funktionale Sitzordnungen, für ein zukunftsfähiges Parlament. Stimmen Sie der Motion zu.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Wir haben jetzt viel zur Sicherheit in diesem Raum gehört. Wir haben viel zu modernen Arbeitsplätzen, Sitzordnungen, Sitzungsräumen gehört, wir haben aber auch einiges gehört zum geschichtsträchtigen Ort, an dem wir uns heute befinden. Und ich denke, als Historikerin möchte ich doch auch noch etwas zur Geschichte dieses Gebäudes sagen.

1648 ging der 30-jährige Krieg zu Ende; Zürich wurde ein Stadtstaat. Die Schweiz war nicht mehr Teil des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation. Seit 1648 hat sich der Rat in Zürich überlegt: Wir brauchen ein neues Rathaus, schliesslich sind wir jetzt ein Staat. Warum hat es doch bis zum 30. November 1693 gedauert, bis sie diesen Entscheid gefällt haben? Oder, warum haben sie ihn dann gefällt? Auch wenn wir die Abrechnung von diesem Rathause nicht mehr haben, haben wir doch einige Sitzungsprotokolle. Der Grund ist relativ einfach: Sie haben fast fünfzig Jahre genauso vor sich hin lamentiert, wie wir das heute tun. Die Historizität dieses Gebäudes von Edlibach hervorgehoben, und dass man das doch nicht einfach niederreißen kann und dass das doch wichtig sei, dieses Gebäude. Schliesslich hat sich ein Riss gebildet von zuunterst bis zuoberst durch das ganze alte Rathaus. Man musste diesen Entscheid nun also einfach fällen. Wollen wir wirklich warten, bis auch dieses Rathaus auseinanderfällt, bevor wir ein neues bauen? Sollten wir nicht endlich dort ankommen, um mehr zu machen als nur eine Pinsel-Renovation, uns einfach einmal ein modernes Rathaus gönnen, das einem normalen Ratsbetrieb entspricht? Danke schön.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Es geschieht nicht oft, aber ich und ein grosser Teil meiner Fraktion möchten Markus Bischoff für sein brillantes Votum danken. Da gibt es nicht mehr viel hinzuzufügen. Das Votum war brillant, Markus.

Zu Frau Guyer: Dass ich und Sie nicht besonders demütig sind, ich glaube, dass ist hier drin auch allseits bekannt. Und unsere Reden werden nicht besser, ob die in einem Volkskongress oder hier drin gehalten werden. Ich glaube, das darf ich auch für Sie sagen. Aber eines ist sicher: Sie werden wieder Mitglied einer Kommission, Frau Guyer, und könnten sich wieder um irgendeine Planung kümmern. Und ich weiss, dass Sie das sehr gerne tun würden.

Und zu Herrn Hugentobler: Ihr habt ja jetzt gerade die Bänke aus der altehrwürdigen Kirche von Wädenswil rausgeholt. Da wird sich nichts ändern bei euch Protestanten; da wird sich gar nichts ändern. Die Mitglieder laufen der Kirche immer

noch davon. Das ist wegen eurer Politik; das ist nicht wegen der altehrwürdigen, denkmalgeschützten Kirchenbänke, sondern wegen eurer Politik. Und warum ist die SVP die grösste Fraktion hier? Weil sie gute Politik macht. (*Heiterkeit*) Sie ist es nicht und sie wäre nicht schlechter in einem Volkskongress. Und Frau Guyer und die SP wären in einem Volkskongress auch nicht besser, aber sie könnten längere Kommissionssitzungen abhalten und sich wahrscheinlich noch mehr darstellen. Das brauchen wir auch nicht. Dieses Rathaus ist hervorragend. Herr Bischoff hat es gesagt. Und da gibt es nichts mehr dazu zu sagen. Ich danke Ihnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Die EVP macht eine enkeltaugliche Politik. Der Vorstoss für ein neues Rathaus ist genau ein solches Anliegen. Es sieht nicht so aus, doch wenn wir jetzt wirklich den Entscheid für ein neues Rathaus treffen würden, keiner von uns wäre am Eröffnungstag des neuen Gebäudes noch Mitglied dieses Rates, denke ich.

Wir sprechen hier von einem Generationenprojekt. Aber man muss einen Entscheid treffen, der auch der nächsten Generation zugutekommen könnte. Wir profitieren heute davon, dass vor dreihundert Jahren mutig und weitsichtig gebaut worden ist. Dafür sind wir den früheren Generationen dankbar. Wenn ich Sie aber heute reden höre, dann höre ich Worte wie «Tradition», «Geschichte», «ehrwürdig», «Wer soll das bezahlen?», «Die Denkmalpflege soll sich bewegen», «Es ist schwierig», «Das Immo-Amt wird es aber richten und all unsere Probleme lösen». Ich glaube, wenn Sie sich selber hören würden, was Sie hier alles erzählt haben, dann würden Sie sagen: Was für eine Ignoranz und was für eine Verdrängung in den Köpfen dieser Leute.

Sie haben es richtig gesagt, Herr Amrein: Die EVP ist eine Partei mit einer langen Tradition. Wir sind über hundert Jahre alt. Aber wissen Sie, ob Sie mutig sind und ob Sie weitsichtig sind, ist eben nicht eine Frage des Alters, sondern es ist eine Frage der Persönlichkeit. Es ist eine Frage der Einstellung. Und ich kann Ihnen versichern, die EVP hat den Mut und sie hat die Weitsicht und sie denkt an die nächste Generation von unseren Kindern und Enkeln, die einmal in diesem Rat sitzen werden.

Da, wo es heute Mut und Weitsicht braucht, sehen wir eine Haltung von Ängstlichkeit und Kleinkariertheit. Das Urteil, ob wir heute richtig entscheiden oder nicht, das wird nicht heute Abend oder morgen gefällt. Es wird die nächste Generation sein. Das werden unsere Enkel sein, die dereinst einmal darüber urteilen werden, ob wir heute weise und weitsichtig oder eben kurzsichtig und dumm entschieden haben.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Es ist ganz spannend: Die Parteien, die hier ein neues Haus fordern, ein sogenanntes «Haus der Demokratie», das sind genau die Parteien, die auch eine höhere Entschädigung fordern für uns alle. Und jetzt stelle ich einfach provokativ hier die Behauptung auf: Es geht vor allem darum, sich selber auf einen Sockel zu stellen; es geht darum, sich selber zu profilieren. Ich

denke, das ist der falsche Ansatz. Man kann das Ganze natürlich verpacken, elegant verpacken mit «zeitgemäss» und so weiter, aber der Inhalt der Demokratie – das hat Markus Bischoff gut gesagt – wäre genau derselbe.

Und jetzt geht es natürlich um etwas ganz Entscheidendes: Es geht auch um den ökologischen Fussabdruck, und man weiss, dass historische Gebäude einen viel tieferen ökologischen Fussabdruck haben, weil die graue Energie verbraucht wurde und wir von diesen Investitionen nach wie vor zehren, gerade dieses Haus, das mit Wasser geheizt wird, das mit Wasser gekühlt wird. Und im Gegensatz zu Frau Agosti bin ich auch der Meinung, dass wir hier ein gutes Klima, ein gekühltes Klima haben, jedenfalls wesentlich kühler, als es jene haben, die draussen arbeiten müssen. Wie gesagt: Aus rein ökologischen Gründen muss man sich weiterhin für dieses Haus als Standort des Parlamentes entscheiden.

Und dann geht es einfach auch darum, was mutig und weitsichtig ist. Was dient dem Volk? Und hier ist die Frage: Was ist zum Wohl des Volkes? Und ich denke, da kann man, wenn man sich auch eine enkeltaugliche Politik auf die Fahne schreibt, kann man genauso gut behaupten und sagen: In diesem Haus werden auch unsere Enkel parlieren, sie werden mit Wonne, mit Freude, mit Lust darin parlieren. Sie werden stolz sein auf dieses Haus. Dieses zeitgemässe Haus wird noch viele Jahrhunderte den Kanton Zürich stärken. Danke.

Andrew Katumba (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Herr Egli, ihr Wort in Gottes Ohr.

Besten Dank für die lebhaftige Diskussion. Ich habe mich also teilweise wirklich sehr amüsiert. Es ist auch gut, dass wir heute darüber gesprochen haben. Sie wissen ja, die Geschäftsleitung des Kantonsrates hat einen Vorentscheid gefällt – und zwar etwas klandestin wie das Gebäude hier. Wir wurden dann informiert, dass die Geschäftsleitung lieber in diesem Haus bleiben möchte. Das war auch der Auslöser dieses Vorstosses. Es gibt doch nichts Demokratischeres als eben dieses Ansinnen, in diesem Rat breit zu diskutieren, und es auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Und ich denke, das haben wir heute auch zur Genüge getan. Ich möchte aber mit einigen Irrtümern aufräumen. Sie haben gesagt, wir möchten da ein Haus, wir fordern da ein Haus, einen Palast, einen Tempel. Ich denke, das wird nicht so sein. Ich gehe davon aus, dass eine Renovation – auch wenn sie sanft ist – in unserem Kanton auch sehr teuer werden wird. Meine Schätzung: Im Minimum wird dieser Umbau hier in diesem Haus gegen 80 Millionen Franken kosten müssen. Rechnet man noch die Kosten für ein externes Provisorium von fünf bis zehn Jahren hinzu, dann werden nochmals mindestens 20 Millionen Franken dazukommen. Also, hören Sie mit diesem Irrglauben auf. Ob wir nun ein neues Gebäude bauen, ein zweckdienlicheres Gebäude, oder diese Renovation hier bewerkstelligen, wird in etwa gleich teuer werden, wenn nicht noch teurer werden hier.

Und zuletzt möchte ich mich für die dargebotene Hand von Sonja Rueff bedanken. Wir werden in Kürze den Vorstoss der FDP behandeln. Sie fordern ja den Bau eines Kongresszentrums. Wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, diesen Titel ent-

sprechend anzupassen, dann würde meine Fraktion vorschlagen, diese Hand entsprechend anzunehmen. Besten Dank für Ihre Unterstützung und die lebhafteste Diskussion.

Regierungsrat Martin Neukom: Herzlichen Dank für diese angeregte Debatte. Das war nun wirklich eine weitschweifende Debatte: begonnen bei der Elbphilharmonie von Benno Scherrer zum Kongresshaus von Sonja Rueff, in die DDR, dann zur Demut von Frau Guyer – sehr spannend – und Herr Amrein, der das Votum von Herrn Bischoff lobt, alles Dinge, die ich selten zu hören bekomme. Vielen Dank dafür. Das war sehr interessant.

Nun, zuerst zu den Rahmenbedingungen, die dieses Haus angehen. Die Sanierung dieses Hauses ist eng gekoppelt mit der Sanierung der Ratsbrücke. Also, diese Gemüsebrücke hier vorne, die wird von der Stadt Zürich saniert, beginnend 2023 bis ungefähr 2026. Wenn diese Brücke saniert wird, gibt es derart viel Emissionen, dass hier der Ratsbetrieb nicht weitergeführt werden kann. Deshalb planen wir, das Rathaus, das wir so oder so sanieren müssen, in derselben Zeitspanne zu sanieren. Es ist gut, wenn wir das synchronisieren. Also, diese Sanierung, die machen wir so oder so, unabhängig davon, was heute hier drin entschieden wird.

Für mich ist aber wichtig, dass Sie heute entscheiden, ob Sie in diesem Rathaus bleiben wollen oder nicht, denn ich brauche Planungssicherheit, wir in der Baudirektion brauchen Planungssicherheit. Die heute relevante Frage ist, ob wir dieses Rathaus sanieren, um es nachher wieder als Rathaus zu nutzen oder ob wir dieses Rathaus sanieren, um es vielleicht als Museum zu nutzen oder als was auch immer.

Ein Provisorium brauchen wir so oder so. Sie wissen, ein neues Gebäude dauert einige Jahre, bis dieses stehen würde, das heisst wir brauchen so oder so ein Provisorium. Wir brauchen so oder so die ganzen Aufwendungen, um dieses Gebäude hier zu sanieren. Natürlich, wenn wir jetzt ein neues Rathaus bauen würden, dann brauchen wir das Provisorium etwas länger. Sie sehen, es gibt ganz viele Abhängigkeiten in diesem Planungsbereich. Deshalb habe ich den Kantonsratspräsidenten gebeten, diese Motion «Haus der Demokratie» vorzuziehen und vor den Sommerferien zu beraten, weil ich von Ihnen diesen Entscheid brauche, damit wir in der Baudirektion Planungssicherheit haben und wissen, in welche Richtung wir gehen.

Zu der Sanierung: Es wird sicher keine Pinsel-Renovation sein. Es wird mehr sein als eine Pinsel-Renovation. Das kann ich Ihnen sagen. Es wird eine Projektauf- sicht geben. Darin sind zwei Mitglieder aus der Geschäftsleitung des Kantonsrates vertreten, damit auch Sie als Nutzer vertreten sind in dieser gesamten Projektorganisation. Wir werden einige Forderungen an ein modernes Rathaus, die hier genannte wurden, versuchen aufzunehmen. Das betrifft die Lüftung, das betrifft selbstverständlich die Sicherheit, auch den Brandschutz, das betrifft auch die öffentliche Zugänglichkeit und die flexible Nutzungsmöglichkeit. Diesbezüglich werden wir schauen, was wir in diesem Haus verbessern können. Was den Platz angeht: Hier kann ich leider wenig anbieten. Ich glaube, hier sind die Verhältnisse einfach gesetzt. Es wird nicht möglich sein, mehr Platz zu schaffen. Aber bei allen

anderen Faktoren werden wir sicher in der Lage sein, einiges zu verbessern, damit es zeitgemässer wird.

Wir haben bereits ein Betriebs- und Nutzungskonzept ausgearbeitet. Wir sind bereits daran, diese ganze Projektorganisation aufzugleisen. Wenn Sie jetzt diese Motion «Haus der Demokratie» ablehnen, dann fasse ich dies als Zeichen oder als Auftrag auf, dass Sie in diesem Rat bleiben wollen und fahre fort mit dieser Projektorganisation für die Sanierung des Rathauses, wie wir es geplant haben.

Falls Sie diese Motion überweisen, dann machen wir ein neues Projekt. Wir begeben uns auf die Standortsuche, schlagen Ihnen ein neues Projekt vor und kommen dann mit einem Objektkredit hier in diesen Rat. Das wird vermutlich einiges kosten. Es ist ja immer ein wenig schwierig; der Fluch der ersten Zahl. Deshalb wage ich mich nicht auf den Ast hinaus und nenne keine Zahl. Aber Sie können davon ausgehen, dass mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu rechnen ist. Es würde mich sehr erstaunen, wenn wir wegen der ganzen Prozesse im Parlament in der Lage wären, vor zehn Jahren ein neues Gebäude in Betrieb nehmen zu können – einfach, damit wir die Dimensionen sehen. Das ist natürlich im Grundsatz alles möglich, aber man muss sich bewusst sein, dass es nicht ganz gratis zu haben sein wird.

Nun zur Haltung des Regierungsrates: Sie haben es in der Antwort gesehen. Der Regierungsrat empfiehlt, die Motion abzulehnen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass wir hier ein sehr traditionsreiches und geschichtsreiches Gebäude haben. Das wurde auch erwähnt. Stellen Sie sich vor, das Haus wurde vor mehr als 320 Jahren gebaut und seit 320 Jahren wird hier drin über die Zukunft und über die Politik des Kantons Zürich gestritten. Das ist ja eigentlich noch speziell, diese Geschichtsträchtigkeit, dass alles tatsächlich so alt ist. Über etliche Politikgenerationen wird dieser Raum bereits genutzt. Das finde ich spannend.

Dann noch ein Kommentar zur Nähe: Natürlich, Sie können jetzt der Regierung vorwerfen, dass die Platzverhältnisse für die Regierung nicht ganz so eng sind. Ich erinnere mich noch gut, als wir in Winterthur waren, um 100 Jahre Proporz zu feiern (*Sitzung des Kantonsrates in Winterthur am 7. Juli 2017*). Da war das Plenum ja eher so aufgebaut, wie vielleicht das in neuen Parlamentsgebäuden ist. Es war so halbrund angeordnet. Was mir aber nicht so gut gefiel, war, dass ich das Gefühl hatte, zu wenig Feedback von den Leuten zu haben, weil es so weitläufig war. Man konnte also die Leute weniger gut sehen und ansprechen. Das habe ich hier als Kantonsrat immer sehr geschätzt und jetzt natürlich auch als Regierungsrat. Der Regierungsrat anerkennt die Defizite dieses Raumes. Wir versuchen, das Möglichste zu tun, um innerhalb dieser Sanierung die Defizite zu beheben. Die Platzdefizite werden nicht zu beheben sein, aber sicherlich die Nutzung. Wir wollen aus diesem Haus das Bestmögliche machen, um einen modernen Ratsbetriebs zu ermöglichen. Die Regierung empfiehlt Ihnen deshalb die Ablehnung der Motion. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 123/2019 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.